

von Alfred Bodenheimer [i](#)

Im Juli 1938 fand in Evian am französischen Ufer des Genfersees eine Konferenz statt, die der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt einberufen hatte. Alarmiert von der Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im nationalsozialistischen Deutschland und im drei Monate zuvor annektierten Österreich, hatte die amerikanische Regierung Delegierte von über dreissig Staaten zusammengerufen, um eine Lösung und neue Lebensmöglichkeiten für die bedrängten Juden zu finden.

Dass die Konferenz unter einem schlechten Stern stand, signalisierte schon der Austragungsort. Denn eigentlich hätte sie in der Schweiz stattfinden sollen, dieser aber war das Thema bereits zu brisant, man hatte Angst, den grossen Nachbar im Norden zu reizen. Tatsächlich sollte sich dann im Rahmen der Konferenz zeigen, dass – allen allgemeinen Sympathiebekundungen zum Trotz – kaum ein Staat bereit war, seine Tore auch nur einen Spalt weiter für die hilfesuchenden Juden zu öffnen.

Niemand verhinderte den grossen Mord

Nicht einmal die USA als Initiator der Konferenz konnten sich dazu durchringen, ihr strenges Quotenregime für die jüdische Einwanderung zu lockern. Die Angst der Regierungen galt nicht zuletzt einer Zunahme von innenpolitischen Spannungen. Denn in den Bevölkerungen der meisten Staaten, auch der demokratisch regierten, wenn nicht gar in den Regierungen selber herrschte ein manifester Antisemitismus, dem der Vernichtungsimpetus des Nationalsozialismus in der Regel abging, der aber durchaus auf einem Fundus von Vorurteilen und Verschwörungstheorien beruhte.

Wie folgenreich das Fiasko von Evian unmittelbar war, ist unter Historikern umstritten. Sicher ist, dass das Debakel dem NS-Regime aufzeigte, dass selbst in der demokratischen Welt niemand bereit war, zugunsten der Juden einen Finger zu rühren, und dass gewisse osteuropäische Staaten bei den westlichen geradezu darum bettelten, auch ihnen die jüdische Bevölkerung abzunehmen.

Im Hinblick auf das Vernichtungswerk der Shoah, das kurz darauf in Gang kam, war dies ein Menetekel: Niemand würde viel unternehmen, um den grossen Mord zu verhindern, und in Ländern wie Polen oder den baltischen Staaten war bei der Hatz auf Juden gar mit aktiver Teilnahme lokaler Kollaborateure zu rechnen.

Aus jüdischer Sicht ist die Konferenz von Evian seitdem eine Chiffre für das Kippen einer allgemeinen Gewissheit: die Erkenntnis, dass die jüdische Gemeinschaft insgesamt nicht mehr durch eine intrinsische Selbstverpflichtung zivilisierter Gesellschaften in der Sicherheit ihrer Existenz geschützt ist.

Das bedeutet, dass nicht mehr grundlegende moralische Werte, sondern vielmehr Opportunitätsgründe, subjektive Einschätzungen oder Parteiengenzänk darüber entscheiden, ob jüdische Menschen sich in einer Gesellschaft noch willkommen oder aufgehoben fühlen können.

Das ist noch fern einer Pogromstimmung oder gar offener Verfolgung – aber es schafft einen unsicheren Boden. Kein Jude ist sicher, ob er sich auf verbrieft Rechte noch verlassen kann, beziehungsweise ob die Gesellschaft diese verbrieften Rechte, selbst wenn sie offiziell noch gelten sollten, weiterhin zur Richtlinie ihres Verhaltens macht.

Kommt es zu gezielten Bluttaten gegenüber Juden wie unlängst bei einem Angriff vor einer Synagoge in Manchester oder beim [Anschlag auf eine Hanukka-Feier am Bondi Beach in Sydney](#), sind wohlfeile Bekenntnisse von Politikern schnell zur Hand. Doch solche Extremereignisse sind nur der Auswuchs eines viel umfassenderen Prozesses, der Antisemitismus gesellschaftsfähig werden lässt.

Keine Illusionen

Wenn der Rektor der Universität Lausanne in einem Brief eingesteht, einen faktischen Boykott israelischer Universitäten letztlich aus puren Opportunitätsgründen zu vollziehen, ist dies das winzige Anzeichen von moralischer Kapitulation, einer Kaskade aus Aggression und Verdächtigung, Distanznahme und offener Ablehnung.

Wir leben in einer Welt, in der Juden mittlerweile ziemlich genau wissen, wer offen bereit ist, gegen «Zios» (wie der neue Hass-Kampfbegriff für «[Zionisten](#)» lautet) ins Feld zu ziehen, aber nicht mehr so genau darüber im Bilde sind, ob der herrschende gesellschaftliche Konsens ihre Unversehrtheit garantiert.

Es geht hier um die Neuauflage des Evian-Moments, und niemand gebe sich der Illusion hin, dass die Judenfeinde und all jene, die deren Aktionsgruppen alimentieren und deren Propagandakanäle mit Inhalt füllen, dies nicht wie einst

genau registrieren.

Hätten die 1938 in Evian am Genfersee versammelten Staaten ein klares Bekenntnis zur jüdischen Existenz als Teil ihres Gemeinwesens abgelegt und die Tore für die Emigrationswilligen weit geöffnet, es hätte ihnen kaum zum Schaden gereicht – wie überhaupt eine grössere Zahl jüdischer Bürger noch kaum je einem Land geschadet hat. Sie hätten viele Leben gerettet, und vielleicht sogar den Holocaust zumindest teilweise verhindert.

Dass es noch einmal so schlimm kommen kann wie damals, lässt sich nur schwer vorstellen. Allerdings fehlte es auch im Juli 1938 an Phantasie in Bezug darauf, was Menschen anderen Menschen in Machthunger, Hass und Rassenwahn anzutun vermögen.

Alfred Bodenheimer ist Professor für Religionsgeschichte und Literatur des Judentums an der Universität Basel. Dieser Text erschien zuerst in der Neuen Zürcher Zeitung